

VORWÄRTS

sozialistische zeitung



Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen Linkspartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nr. 192b

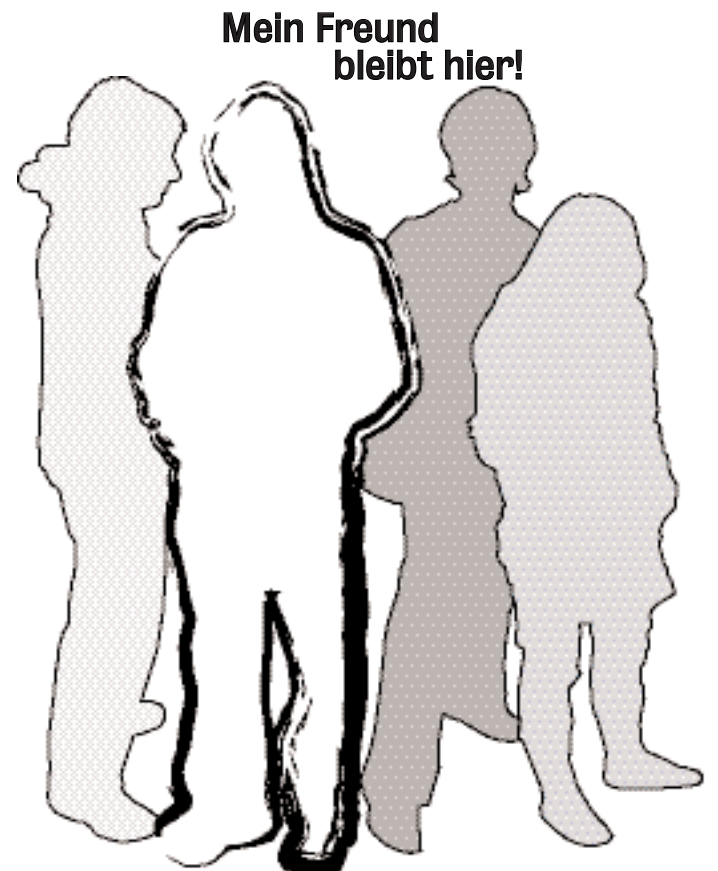
Oktober 2010

Preis: EUR 0,20

Solidaritätspreis: EUR 1,00

Hände weg von unseren FreundInnen und KollegInnen!

Abschiebungen stoppen! Bleiberecht JETZT!



von Sonja Grusch, SLP-Wien

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein neues Beispiel der unmenschlichen Asylpolitik Schlagzeilen macht. Knapp vor der Wiener Wahl lässt der ÖVP-Scharfmacherin Fekter einen Vater und die zwei achtjährigen Töchter abführen, ins Gefängnis stecken und ohne die Mutter – die wegen der Existenzangst selbstmordgefährdet im Spital ist – abschieben. Nur ein paar Tage später versucht die Polizei in Wien eine Schülerin aus der Klasse abzuholen um sie abzuschieben. In der gleichen Woche wird die Leiche eines Flüchtlings in der Donau gefunden, der sich aus Verzweiflung das Leben genommen hat. All das sind keine Einzelfälle. Die Politik der Regierung führt laufend zu menschlichen Tragödien: Flüchtlinge die sich in Zellen erhängen, weil sie Angst vor der Abschiebung haben. Fami-

lien die in die Katastrophe abgeschoben werden. Eltern, die sich vor der Abschiebung nicht von ihren Kindern verabschieden dürfen. Es ist unmenschlich, ekelhaft, empörend.

SPÖ & ÖVP: An ihren Händen klebt Blut

Die ÖVP hat wohl gehofft, mit der Abschiebung vor der Wiener Wahl noch bei potentiellen FPÖ-WählerInnen zu punkten. Die SPÖ hat erstmal abgewartet um zu sehen, wie die Reaktionen auf die Abschiebung der Kinder ist. Erst als es breite und wütende Proteste gab, rangen sich einige SPÖ-PolitikerInnen zu halbherziger Kritik durch. Tatsächlich sind BEIDE Regierungsparteien verantwortlich für die rassistische Stimmung und die unmenschliche Migrations- und besonders Asylpolitik. An ihren Händen klebt im wahrsten Sinne des Wortes Blut. Das Blut der Menschen die

sich aus Not selbst das Leben genommen haben, das Blut jener, die durch Polizeigewalt verletzt oder getötet wurden, das Blut jener, die nach einer Abschiebung verfolgt und getötet wurden.

Was können wir tun?

Die Empörung über die menschenverachtende Politik nimmt zu. Aber viele haben ein Gefühl der Hilflosigkeit. Zwar gibt es eine Vielzahl von Initiativen, Vereinen und Aktionen, aber wirklich verhindert haben sie kaum eine Abschiebung. Die achtjährigen Zwillinge wurden aus einem Haus der Organisation „Freunde schützen“ abgeholt. Die Freunde konnten nicht wirklich geschützt werden. Obwohl die AktivistInnen alles getan haben, was ihnen möglich war. Immer wieder gibt es große Demonstrationen und Proteste. Für Arigona sind öster-

reichweit zehntausende auf die Straße gegangen. Aber es scheint alles zwecklos: große Demos – erfolglos. Intervention durch PolitikerInnen – bringen nichts. Promis die sich einsetzen – auch kein Erfolg. Freiwillig gehen, um dann mit z.B. einem SchülerInnenvisum wider zu kommen – das Beispiel Arigona zeigt, dass auch das nichts bringt. Also was tun?

Es gibt auch andere Beispiele: in Röthis konnte eine Abschiebung verhindert werden, weil sich beherzte FreundInnen und Bekannte vor das Haus gestellt hatten. Die paar dutzend Menschen, die die Polizei blockierten haben, sind für Röthis eine große Menge und haben auch den Bürgermeister des Ortes durch den Druck auf ihre Seite gebracht. In immer mehr Ortschaften gibt es Menschen, die nicht einfach zusehen wollen, wie ihre NachbarInnen einfach weggebracht werden. SchülerInnen prote-

stieren gegen die Abschiebungen ihrer FreundInnen und KlassenkollegInnen.

Es zeigt sich, es braucht Druck statt Appellen, Masse ist nötig, Promis reichen nicht. Es geht um Druck, der den Verantwortlichen weh tut. Weh tut, was kostet. Gemeint ist hier kein individueller Boykott, sondern kollektiver Widerstand. MitschülerInnen, die von Abschiebung bedroht sind, können durch Schulkomitees unterstützt werden. Schulstreiks können zeigen „Hände weg von unseren FreundInnen“.

Die vielen AsylwerberInnen in Österreich verbinden zwei Tatsachen: 1) sie werden vom Staat diskriminiert und als Menschen zweiter Klasse behandelt. Und 2) sie sind so gut wie alle in irgendeiner Form ArbeiterInnen. Legal in Fabriken und Geschäften, gezwungenermaßen illegal auf Baustellen und Lagerhallen. Oder indirekt

weil Eltern bzw. PartnerInnen arbeiten. Sie alle haben in Österreich eine Vertretung – die sie allerdings ignoriert. Der ÖGB hat die Aufgabe, die Rechte der ArbeitnehmerInnen zu verteidigen – und dazu gehören auch AsylwerberInnen und ihr Menschenrecht auf ein sicheres Leben. Der ÖGB hat hier nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine pragmatische: werden die ArbeitnehmerInnen in In- und AusländerInnen, in „legale“ und „illegale“ aufgespalten, dann können sie gegeneinander ausgespielt und erpresst werden. Die Gewerkschaft und die ArbeitnehmerInnen insgesamt werden dadurch geschwächt. Die Gewerkschaft hat die Macht und Möglichkeit, die Abschiebung unserer KollegInnen und ihrer Familien zu verhindern. Solange er untätig ist, trägt der ÖGB eine große Mitschuld am täglichen Leid der Abgeschobenen!

Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

stenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Die nächsten Termine:

Mi. 20.10.

um 19.00

Veranstaltung
WIE können wir die unmenschliche Abschiebepolitik wirksam bekämpfen - mit internationalen Beispielen

Wien 20 - Gausspl. 7
Pizzeria “La Piazza”

Di. 26.10.

um 17.00

Vernetzungstreffen

von “Hände weg” Gruppen gegen Abschiebung

Wien 7, Stiftg. 8
(Amerlinghaus)

Fr. 19.11.

um 17.00

Demonstration gegen Luxusmesse

Wien 20,
Milleniumstower - U6 Handelskai

Mi. 1.12.

Aktionstag anlässlich der Budgetrede im Parlament

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Brennt die Uni auch 2010?

von Nora Brandes, Studentin und SLP-Wien

Neue Angriffe auf die Bildung stehen bevor. 2011 sollen 112 Mio.EUR und bis 2014 insgesamt 234 Mio.EUR gekürzt werden. Ein Minus von 5% bei der Bildung. Während Unterrichtsministerin Schmied mit einem neuen LehrerInnendienstrecht die Lehrverpflichtung erhöhen und den Unterricht verschlechtern will, plant Wissenschaftsministerin Karl Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen. Die Unis sollen noch mehr an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst werden, d.h. Druck erhöhen, Unis verschulen, Bildung privatisieren.

Studium nur mehr für Reiche?

Studierende werden als Schmarotzer dargestellt, die für den „Luxus“ einer universitären Ausbildung zahlen sollen. Dabei müssen 60% der Studierenden arbeiten, um überleben zu können. Der ÖVP-Vorschlag, die Mineralölsteuer zu erhöhen um die Unis zu finanzieren, ist ein weiterer Versuch ArbeitnehmerInnen gegen Studierende auszuspielen. Die Idee, noch mehr Privatinvestoren an die Unis zu holen, lehnen wir ab, da wir keine Uni wollen, die von der Wirtschaft abhängig ist. Auch Zugangsbeschränkungen sind keine Lösung für die schlechte Qualität des Bildungssystems. Einzelne Fachbereiche haben bereits Aufnahmeverfahren, der Zugang zu FHs ist flächendeckend reglementiert. Die von der SPÖ mitbeschlossene „Studieneingangsphase neu“ ermöglicht überall Zugangsbeschränkungen. Fehlende Seminarplätze sind Resultat schlechter Finanzierung und nicht steigender Studierendenzahlen.

Denn: Österreich liegt bei den StudienanfängerInnen trotz Anstiegs der Studierendenzahlen noch immer 17% unter dem OECD-Schnitt. Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen machen Studierende finanziell noch stärker von ihren Eltern abhängig und führen dazu, dass nur jene eine Chance haben, die über genügend Geld und Zeit verfügen.

Von 2009 lernen

Die Regierung will das Unibudget ab 2013 einfrieren. Für den 19.10 haben die Rektoren landesweit Vollversammlungen von Lehrenden und Studierenden einberufen. Außerdem finden Studierendendemos statt. 2009 waren Uni-Betriebsrat und Lehrende nicht Teil der Bewegung. Es ist gut, wenn sie diesmal dabei sind. Obwohl die Rektoren keine Bündnispartner für die Studierenden sind, solange sie Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren nicht eindeutig ablehnen, kann dies der Anfang einer Bewegung sein. Dabei müssen die Lehren aus der unbrennt-Bewegung gezogen werden: Um den Schwung einer Bewegung zu nutzen und koordiniert zu agieren sind demokratisch legitimierte Strukturen und arbeitsteiliges Vorgehen notwendig. Nur so können Plena und Aktionen ordentlich vorbereitet und gemeinsam Perspektiven und Forderungen erarbeitet werden. 2009 gab es gemeinsame Proteste von MetallerInnen und Studis – der gemeinsame Kampf mit ArbeitnehmerInnen & Arbeitslosen, SchülerInnen und anderen sozialen Bewegungen ist extrem wichtig für eine erfolgreiche Bewegung.

Schlussfolgerungen aus der Wiener Wahl

Jetzt erst recht

Stellungnahme der SLP-Bundesleitung vom 12.10.2010

Das Wahlergebnis vom 10. Oktober war ein Schock. Obwohl die Trends im Vorfeld abzusehen waren ist v.a. die Tatsache, dass die FPÖ rund 27% erzielte dramatisch. Aber Frust bringt nichts. Das Ergebnis ist ein Auftrag zur Aktivität gegen die FPÖ und die Ursachen, die ihren Wahlsieg möglich gemacht haben.

Ursache = der etablierten Parteien

Nach der Spaltung von FPÖ und BZÖ und ihrem tiefen Absturz erklärten so manche ihr Ende. Die SLP hat damals davor gewarnt, dass ohne die Beseitigung der Ursachen, dass Symptom nicht gelöst wurde. Die Wiener Wahlen haben gezeigt, dass auch interne Richtungsstreitigkeiten und Rückschläge, wie das Rosenkranz-Debakel, den Aufstieg einer rechten Kraft nicht stoppen können, solange es keine Alternative von Links gibt.

Die FPÖ profitiert davon, dass SPÖ und ÖVP seit Jahrzehnten eine in ihren Grundlagen rassistische Politik betreiben. Die gesetzlichen Bestimmungen für MigrantInnen und AsylwerberInnen werden laufend verschärft. Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft werden systematisch diskriminiert und als Störfaktor, Kriminelle, Sozialschmarotzer etc. abgestempelt. Auch die Gewerkschaft hat kaum etwas unternommen, um diese Spaltung von ArbeitnehmerInnen entlang ihrer Nationalität zu überwinden. Vor diesem Hintergrund erscheint der Rassismus der FPÖ als normal bzw. als etwas härtere Version der Regierungspolitik. Die politische Dominanz der Sozialpartnerschaft bedeute eine jahrzehnte lange Passivität der ArbeitnehmerInnen, die nur durch die Streiks 2003 unterbrochen wurde. Das Fehlen einer positiven Erfahrung aus gemeinsamen Kämpfen, kombiniert mit der rassistischen Propaganda der bürgerlichen Medien und dem Aufstieg der seit 1986 rassistisch rechtsextremen FPÖ, hat zu einer Verankerung des rassistischen Denken in Teilen der ArbeiterInnenklasse geführt. Dieser

Rassismus ist ein wichtiger Grund für den FPÖ-Wahlerfolg. Dieser Rassismus stellt ein große Hürde für das Zusammenkommen migrantischer und österreichischer ArbeiterInnen dar, er wird aber bei größeren sozialen Kämpfen und den konkreten Erfahrungen bei vielen Menschen auch wieder verschwinden.

Soziale Frage dominiert

Die FPÖ profitiert aber v.a auch von der sich verschärfenden sozialen Lage. In Wien muss ca. die Hälfte der Menschen mit weniger als 1.200.- pro Monat auskommen. Ein Viertel der Kinder und Jugendlichen lebt in Haushalten die arm oder von Armut bedroht sind. Der „bei uns ist eh alles super“ Wahlkampf der SPÖ ging an der Realität von Jugendlichen, die berechnete Angst um ihre Zukunft haben, vorbei. Der pseudo-sozialen Rhetorik der SPÖ wurde nicht geglaubt – zu Recht.

Testwahlen in Schulen haben gezeigt, dass viele Jugendliche, die sich als FPÖ-WählerInnen sehen zu völlig anderen Ergebnissen kommen, wenn ihre Wahlentscheidung nach Inhalten, nicht nach Parteinaamen erfolgt. Weil die Fragen von Jobs, sozialer Sicherheit, Wohnungen für die meisten Jugendlichen offensichtlich wichtiger sind als nur „gegen Ausländer“ führte eine thematische Wahlentscheidung zu vielen KPÖ-WählerInnen in den Testwahlen (die SLP kommt z.B. in der „Wahlkabine“ nicht vor). Das darf keine Entwarnung geben bezüglich der Gefahren von Rassismus, zeigt aber wo die Lösungen liegen. Nämlich in einer antikapitalistischen Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Solidarität statt Häupls Hausordnung!

Warum hat die SPÖ die Wahlen verloren? Sie hat Probleme entweder negiert („Es ist eh alles super in Wien“ oder „FPÖ-Light“-Antworten gegeben. Indirekt bestätigte die SPÖ die FPÖ-Propaganda. So wurde z.B. der „Lärm im Gemeindebau“ indirekt zum Lärm von MigrantInnen erklärt, und mit Hausordnung und „Ordnungskräften“ (O-Ton Häupl) be-

kämpft. Auch das Bettelverbot und die vier Euro Nächtigungsgebühr für Not-schlafstellen (womit vor allem Menschen aus Osteuropa abgeschreckt werden sollen) unterstützten den FPÖ-Wahlkampf.

Jede Stadtregierung = Sozialabbau

Eine SPÖ/ÖVP Stadtregierung bedeute eine unmittelbare Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mehr Wiener Sozialabbau, ein noch größeres Ausmaß an rosa/schwarzer Päckelei, und vor allem eine widerstandslose Umsetzung der Sparpakete der Bundesregierung. So eine Stadtregierung ist eine reale Gefahr und es ist gut, dass es dagegen Widerstand gibt.

Aber egal ob rosa-grün oder rosa-schwarz - die Ausgangslage ist dieselbe: Kürzungsvorgaben der Bundesregierung, ein riesiger Schuldenberg, ein nächster wirtschaftlicher Einbruch und der Glaube, der Kapitalismus wäre alternativlos. Die SPÖ hat schon durchblicken lassen wie schon in Linz der „Österreich zuerst“ und „Law&Order“ Politik der FPÖ zu folgen. In den Jugendorganisationen der SPÖ und bei manchen WählerInnen mag es Hoffnungen in eine menschlichere und sozialere Politik durch eine grüne Regierungsbeteiligung geben. Doch die Grünen wären kein linkes Regulativ in einer Stadtregierung sondern würden, letztlich die Einsparungspolitik und die Kürzungen mittragen. Wir wollen mit allen, die sich jetzt für „rot-grün“ stark machen, gemeinsam für eine linke Politik aktiv werden. Sozialistische Maßnahmen kommen nicht durch Stadtregierungen sondern müssen durch Druck auf der Straße und im Betrieb erkämpft werden. Dazu kommt: eine „rot-grüne“ Stadtregierung die Sozialabbau macht wäre auch die beste Wahlhelferin für Strache.

Eine echte sozialistische Politik hieße z.B: Rücknahme des Bettelverbots und der vier-Euro Verordnung, dafür sozialer Wohnbau, Freifahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln, Arbeitszeitverkürzung für alle direkt und indirekt von der Gemeinde beschäftigten auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn, ein Mindestlohn von 1200.- netto und ei-

Wir fordern:

- 10 Mrd. EUR für Bildung und Soziales statt für Banken und Konzerne
- Weg mit den Studiengebühren für Nicht-EU-StaatsbürgerInnen und für jene, die länger als die Mindestdauer studieren
- Studierendeneinkommen von 1.200 EUR
- Weg mit allen Zugangsbeschränkungen
- Schluss mit prekären Arbeitsverhältnissen an der Uni
- Raus mit privaten Investoren aus der Uni

Wir schlagen vor:

19.11. Gemeinsame Demonstration gegen die Luxusmesse am XX. November

Während die Unis finanziell ausgehungert werden, findet in der Hofburg eine Messe für Luxusgüter für Superreiche statt. Eine gute Gelegenheit um auf unsere Forderungen aufmerksam zu machen.

1.12. Bundesweiten Aktions- und Streiktag am Tag der Budgetrede, am 1. Dezember

An diesem Tag sagt die Regierung, wo sie im Bildungs- und Sozialbereich sparen will. Wichtig ist ein bundesweiter Aktionstag von Studierenden und Lehrenden mit Versammlungen und Streiks an den Universitäten und einer gemeinsamen Abschlussdemonstration.

ne Schließen der Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen bei den Gemeindebediensteten. So könnte Armut und Arbeitslosigkeit in Wien schlagartig beseitigt und den rechten Hetzern der Boden entzogen werden.

SLP zeigt was möglich wäre

Bei den Wahlen gab es auch eine Reihe linker Kandidaturen mit unterschiedlichem Erfolg. Die KPÖ konnte Mandate halten und sogar neu gewinnen, hat aber insgesamt Stimmen verloren. Andere haben im Vergleich zu den letzten Wahlen verloren. Die SLP hat als einzige die Themen Wirtschaftskrise – soziale Probleme – Rassismus verbunden und beantwortet. Mit einem offensiven Wahlkampf konnten wir unsere Stimmen auf Bezirksebene im Vergleich zu 2005 mehr als verdoppeln. Verglichen mit den Parteien des Establishments haben wir natürlich wenig Stimmen bekommen. Das Ergebnis zeigt aber (ähnlich wie manche Bezirksergebnisse der KP), dass mit lokal verankerten Kampagnen und einem kämpferischen Auftreten linke Alternativen erfolgreich sein können. Die steirischen Wahlen haben angedeutet, dass, wenn eine relevante linke Alternative existiert, die FPÖ weniger Möglichkeiten hat. Ein Verdienst der steirischen KPÖ, aber das Ergebnis der FPÖ-Steiermark hätte mit einem offensiv antirassistischen Kurs der KPÖ aber weit schwächer ausfallen können. Solange es keine linke, kämpferische Alternative gibt, wird der Aufstieg der Rechten weitergehen. Der Schock über den FPÖ-Erfolg wird viele wachrütteln. Nun geht es darum auch wach zu bleiben und sich zu organisieren. Die auf Landes- und Bundesebene kommenden Angriffe werden berechtigten Unmut und Widerstand erzeugen. Die Proteste können ebenso Ansatzpunkte für eine neue sozialistische Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche sein wie die Aktionen gegen die FPÖ und ihre Hetze. Jetzt erst recht geht es darum, in Wien den gemeinsamen Kampf von InländerInnen und MigrantInnen, von jung und alt gegen Sozialabbau und Rassismus zu organisieren.